



«Reset-Knopf»: neuer Bundesrat Ignazio Cassis.

## «Benvenuto» im Aussendepartement

Vor seiner Wahl in den Bundesrat kündigte Ignazio Cassis an, die schweizerische Aussenpolitik neu ausrichten zu wollen. Was seine Ankündigung taugt, wird sich bei den anstehenden Budgetberatungen zur Höhe der Entwicklungshilfe erstmals zeigen. *Von Peter Keller*



Es war der letzte Arbeitstag im Parlament für Didier Burkhalter. Der Aussenminister erschien wie immer gut gebräunt, seine Laune dagegen war weniger strahlend. Einmal mehr hatte ihm die Finanzkommission ein Geschäft aufs Auge gedrückt, das die Höhe der Entwicklungshilfe im Visier hatte. Die Motion forderte, dass die öffentlichen Entwicklungsausgaben künftig nicht mehr an einen Richtwert gebunden sein sollten. Konkret ging es um die Aufhebung der sogenannten APD-Quote («Aide publique au développement»).

Die Debatte geriet zu einem Schaulaufen der Freunde und Verteidiger des Aussenministers. Kaum hatte der Kommissionssprecher und Parteikollege Burkhalters, der Luzerner FDP-Nationalrat Albert Vitali, seine Darlegungen beendet, wurde er von verschiedenen Parlamentariern attackiert. Grundtenor: Die Motion wolle die Höhe der Entwicklungshilfe verantwortungslos senken.

Ein solcher Akt wäre unsolidarisch und schade dem Image der Schweiz in der Welt. Kurios war bloss, dass die Gegner der Motion allesamt aus dem links-grünen Lager und der CVP stammten, während die Vertreter der FDP und SVP sich für die Aufhebung der APD-Quote aussprachen.

### Mitleid für Burkhalter

Damit wurde die Motion zu einer Art letztem Votum über Didier Burkhalter, der auf Ende Oktober definitiv zurücktreten wird. Er hatte regelmässig – und für viele Freisinnige unverstänlich – linken Anliegen im Bundesrat zu Mehrheiten verholfen, etwa bei der Einführung einer «Lohnpolizei», die Unternehmen ab fünfzig Mitarbeitern zu Lohnanalysen verpflichtet, um so gleiche Löhne für Männer und Frauen durchzusetzen. Ebenso vehement verteidigte er die Entwicklungshilfe; auch bei seinem letzten Auftritt vor dem Nationalrat appellierte er an die «Verantwortung» und «Glaubwürdigkeit» der Schweiz.

Treten SVP und FDP geschlossen auf, können sie in der Grossen Kammer mit einer Stim-

me Unterschied jede Abstimmung gewinnen. Nun ging es also um die symbolische Aufhebung der APD-Quote. Bisher hatte sich die Schweiz verpflichtet, rund 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Hilfsprojekte auszugeben. Von diesem Mechanismus wollte Nationalrat Vitali wegkommen: Die Höhe der Entwicklungshilfe solle sich nicht an einer abstrakten Quote, sondern am konkreten Zustand der Bundesfinanzen orientieren.

Doch der freisinnige Politiker aus der Zentralschweiz scheiterte deutlich: 101 Parlamentarier lehnten die von ihm lancierte Motion ab, 86 unterstützten das Vorhaben, bei sechs Enthaltungen. Während die SVP en bloc zustimmte, teilten sich die FDP-Voten: Nur 21 halfen Vitali, neun stimmten gegen ihn. «Nicht wenige haben aus Mitleid für Burkhalter gestimmt, man wollte ihn am letzten Tag nicht noch zum Verlierer machen.» Ein teures Abschiedsgeschenk. Für nächstes Jahr sind im Bereich «Beziehungen zum Ausland» Ausgaben in der Höhe von 3,91 Milliarden Franken geplant, 2010 waren es noch 2,62 Milliarden gewesen.

Ein Platz blieb leer während der Abstimmung: Gleich nach der Wahl und Vereidigung scheidet das neue Bundesratsmitglied aus dem Parlament aus. Fraktionschef Ignazio Cassis wird auch Burkhalters Nachfolger im Aussendepartement. Dabei werden die Ausrichtung und die Finanzierung der schweizerischen Entwicklungshilfe für den Tessiner mindestens so herausfordernd sein wie die Beziehungen zur Europäischen Union. Bei den Anhörungen hatte er deutlich gemacht, dass er gegen eine automatische Rechtsübernahme, gegen fremde Richter und gegen die Guillotineklause sei. Er sprach vom «Reset-Knopf», die Schweiz müsse neue Verhandlungen mit Brüssel anstreben.

### Förderung von Kindergärten in Ungarn

Eine erste Bewährungsprobe für Cassis ist die sogenannte Ostmilliarde, der freiwillige Beitrag der Schweiz an den EU-Kohäsionsfonds, der jetzt am Auslaufen ist. In einer



Klausur will der Gesamtbundesrat klären, wie und unter welchen Bedingungen die nächste Tranche gesprochen wird. Die Fronten sind klar. SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz hatte schon die erste Zahlung als «Erpressung» der EU bezeichnet. «Und nun sollen wir endlos weiterzahlen und dazu noch einen Ankettenvertrag mit der Übernahme von EU-Recht und EU-Richtern unterschreiben.» Das waren seine Äusserungen im Mai, noch vor der Rücktrittsankündigung Burkhalters (*Tages-Anzeiger*, 27.5.2017).

Mit dem Kohäsionsfonds, einer Art nationaler Finanzausgleich (NFA) auf europäischer Ebene, finanzieren die reicheren Staaten Projekte (vor allem im Bereich Umwelt und Verkehr) in den ärmeren Regionen der EU. Auf insgesamt 1,3 Milliarden Franken summiert sich der Schweizer Beitrag, dabei profitieren insbesondere die Ostländer der Union: Allein Polen kommt auf fast 500 Millionen Franken Zuschüsse. Im Abstimmungsbüchlein von 2006 versprach der Bundesrat der Bevölkerung, mit dem Geld die «sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten in der erweiterten EU abzubauen». Ein Blick in die seither finanzierten Projekte lässt Zweifel aufkommen. Ist es tatsächlich Aufgabe der Schweiz, die «Prävention von Übergewicht und Adipositas» in Polen zu fördern? Oder die Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden Estlands zu finanzieren?

Da werden Millionen ausgegeben für Projekte wie «Der Euro als Chance für die Region Lublin», «Das Karpfen Tal – eine Chance für die Zukunft» und «Modernisierung der Verwaltung in der Gotania Subregion» (alles in Polen) oder die Förderung von «Waldschulen und Waldkindergärten», die Finanzierung der «Schmerzforschung» und die Förderung einer «bevölkerungsnahen Polizei» in Ungarn. In Tschechien finanzierte die Schweiz die Beschaffung von «hochwertiger Schutzausrüstung» für Spezialeinheiten der Polizei und die «Verbesserung der Spitex-Dienste in der Grenzregion zur Slowakei».

## Gegenleistungen für Kohäsionsmilliarde

Das Geld ist gesprochen, nun muss es offensichtlich auf Teufel komm raus ausgegeben werden. Ungarn erhielt 130 Millionen Franken, Tschechien 109 Millionen aus dem Schweizer Kohäsionsstopf, selbst die Urlaubsinsel Malta kam noch in den Genuss von 4,9 Millionen. Dabei geht es schon lange nicht mehr nur um Basisarbeit wie den Aufbau von Kläranlagen oder Hochwasserschutz, sondern um die ideologische Umrüstung der neuen EU-Staaten: Dutzende Projekte drehen sich um Prävention und Ökologie.

Nun läge es am neuen Vorsteher des Aussendepartements, erstmals den Reset-Knopf zu drücken: keine Schweizer Kohäsionsmilliarde ohne Gegenleistungen der EU. Sein Vorgänger hatte weder den Willen noch die Kraft, die Aussenpolitik mit konkreten schweizerischen Interessen zu verknüpfen. Neben der Frage nach der institutionellen Anbindung der Schweiz an europäisches Recht gäbe es auch andere Felder. So sind die nötigen Anschlüsse für den Nord-Süd-Transit der Bahn weder in Deutschland noch in Italien fertiggestellt, während unser Land den Jahrhundertbau des Gotthardbasistunnels bereits letztes Jahr und früher als geplant eingeweiht hat. Auch eine Lösung der Grenzgängerproblematik wird in seinem Heimatkanton erwartet.

Während Cassis bei den bilateralen Verhandlungen vom Entgegenkommen der EU oder einzelner Staaten abhängig ist, hat er in der Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit weit mehr Spielraum. Als Vorsteher des Aussendepartements (EDA) liegt es an ihm, die Höhe der Ausgaben zurückzufahren. Die Frage ist, ob er als Exekutivpolitiker durchzusetzen gewillt ist, was er noch als Fraktionschef vertreten hat. Als in der Sommersession 2016 die Gelder für die internationale Zusammenarbeit für die Jahre 2017–2020 gesprochen wurden, hatte er eine Kürzung von 430 Millionen Franken – bei einem Gesamtbetrag von 11,1 Milliarden – unterstützt und sich damit gegen den eigenen Bundesrat gestellt. Die Senkung scheiterte



schliesslich an drei Abweichlern aus der eigenen Fraktion: Laurent Wehrli (VD), Kurt Fluri (SO) und Doris Fiala (ZH). Wenn es in der nächsten Session um das Budget 2018 für die Entwicklungshilfe geht, wird Ignazio Cassis in der Rolle des Aussenministers auftreten. Man darf gespannt sein, ob er den angekündigten Reset-Knopf finden wird. ○